

Plenarsitzung

6. Juni 2019, 16.00 Uhr

Vorsitz: Vizepräsident André Mücke

Tagesordnung

- 1. Genehmigung der Tagesordnung**
- 2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 2. Mai 2019**
- 3. Berichte**
 - a) Berichte des Präsidiums**
 - b) Bericht der Hauptgeschäftsführerin**
 - c) Aktuelles aus der Mitte des Plenums**
 - d) Berichte aus den Ausschüssen**
- 4. Bericht über den aktuellen Stand der Projektgruppe Satzungsevaluation**
- 5. „Hamburg Summit: China meets Europe“**
- 6. Beschluss über die Positionierung der IHK Nord zur norddeutschen Wasserstoffstrategie**
- 7. Ausblick auf den Gipfel zur Digitalen Bildung / Hamburg.2019 am 21. Juni**
- 8. Beschluss über die Aktualisierung des Compliance-Kodex der Handelskammer**
- 9. Anträge**
 - a) Antrag von Herrn Duphorn zur Vertrauensfrage an das Plenum betreffend die Hauptgeschäftsführerin (Aussprache)**
 - b) Beschlüsse über die Anträge von Herrn Holstein**
- 10. Verschiedenes**

Anwesend:

Herren Vizepräses Elmendorf, Jensen, Mücke;

Frau Albertsen, Frau Arova, Herr Asmus, Frau Beckmann, Herren Dr. Behrens, Brauer, Duphorn, Dürre, Ebert, Ederhof, Enke, Falk, Fischer, Gehrckens, Goetz, Hanneforth, Frau Harbs, Herren Heimsoth, Holstein, Dr. Killinger, Korff, Kranz, Kuhlmann, Lintzen, Daniel Lorenzen, Dominik Lorenzen, Lorenz-Meyer, Montzka, Frau Nack-Warenycia, Frau Nissen-Schmidt, Herren Perleberg, Pfeiffer, Platz, Frau Prinz, Herren Räber, Reinecke, Frau Schoras, Herren Siebold, Sträßner, Tasbilek, Dr. Teichert, Wandrey, Herren Wendt-Reese, Wöhlke;

Dauerhafte Gäste im Plenum:

Frau Odebrecht, Herr van der Schalk;

Aus dem Hauptamt:

Frau Degen, Herr Aßmann, Herr Dickmann, Frau Gonnermann, Herren Grams, Dr. Heyne, Frau Johannigmann, Herren Knahl, Koch, Kornella, Dr. Lau, Laue, Frau Lurtz-Herting, Herr Siebrand, Frau Thormann, Herr Ulrich;

Herr Anders, Frau Jacob, Herren Klatt-Wenderoth (PR), Müller (Protokoll), Frau Dr. Ölschläger, Frau Schmidt, Frau Theis, Herr Tiessen (BR HKS), Frau von Wedel (PR), Frau Wilhus;

Entschuldigt fehlen:

Herren Dr. Brüggestrat, Costur, Enkerts, Dr. Gent, Frau Gül Canbolat, Herren, Hellwig, Hocqué, Holler, Jakovlev, Koopmann, Kröger, Dr. Mecke, Frau Meier, Herren Pirck, Pohle, Frau Rickwardt, Frau Rohwedder, Herren Schmelzer, Selent, Thies, Dr. Vogelsang, Frau Wendt-Heinrich;

Herr Vizepräsident Mücke begrüßt die Anwesenden zur Juni-Sitzung des Plenums.

Des Weiteren teilt er mit, dass Herr Wolfgang Kaufholz sein Mandat im Plenum der Handelskammer sowie alle weiteren ehrenamtlichen Mandate der Handelskammer (Innenausschuss, Handelsausschuss und ehrenamtlicher Bezirksbeauftragter Hamburg Nord), niedergelegt habe. Der nächste Nachrücker der Wahlgruppe Einzelhandel sei Herr Holger Stanislawski von der REWE Stanislawski & Laas GmbH & Co. oHG gewesen. Dieser habe jedoch mitgeteilt, dass er das Mandat nicht wahrnehme. Der nächste Nachrücker sei Herr Cord Wöhlke, Geschäftsführer der Iwan Budnikowsky GmbH & Co. KG. Da jedoch Herr Christoph Wöhlke ebenfalls die Iwan Budnikowsky GmbH & Co. KG vertrete, nicht aber zwei Vertreter desselben Mitgliedsunternehmens zugleich Plenarmitglieder sein dürften, sei Herr Christoph Wöhlke, kooptiertes Mitglied, kürzlich von seinem Plenarmandat zurückgetreten. Herr Vizepräsident Mücke begrüßt daher Herrn Cord Wöhlke als neues Mitglied des Plenums.

Herr Vizepräsident Mücke informiert das Plenum zudem darüber, dass Frau Christine Stumpf mit sofortiger Wirkung von all ihren Handelskammer-Mandaten und somit auch aus dem Präsidium und dem Plenum zurückgetreten sei. Im Namen des Präsidiums und des Plenums dankt er Frau Stumpf für ihre geleistete Arbeit.

Für Frau Stumpf sei Herr Andreas Bartmann, Geschäftsführer der Globetrotter Ausrüstung GmbH, ins Plenum nachgerückt.

Eine Ersatzwahl für das freigewordene Mandat als Vizepräsident sei am 4. Juli 2019 vorgesehen.

Herr Vizepräsident Mücke weist darauf hin, dass er bei TOP 9a vom Recht zum Ausschluss der Öffentlichkeit zu einzelnen Tagesordnungspunkten gemäß § 7 Abs. 6 Satz 3 Handelskammer-Satzung Gebrauch machen werde und bittet hierfür um Verständnis.

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

Herr Lorenz-Meyer beantragt, Tagesordnungspunkt 5 auf die nächste Sitzung zu verschieben, da seit gestern (5. Juni 2019) zwei unterschiedliche Anträge zu diesem Thema vorliegen. Es solle daher bis zur nächsten Plenarsitzung eine gemeinsame Lösung herbeigeführt werden. Die Antragsteller Herr Perleberg, Herr Holstein und Herr Sträßner sind damit einverstanden.

Das Plenum stimmt dem Antrag von Herrn Lorenz-Meyer, TOP 5 der Tagesordnung auf die nächste Plenarsitzung zu schieben, mit einer Mehrheit von 43 Stimmen gegen 1 Stimme (keine Enthaltung) zu.

Herr Goetz beantragt, TOP 9a von der Tagesordnung zu streichen, da er keine Diskussionsgrundlage sehe. Herr Dr. Teichert führt aus, er bezweifle, dass das Plenum das Recht habe, Anträge von Plenarmitgliedern von der Tagesordnung zu nehmen. In der Hamburgischen Bürgerschaft sei dies nicht möglich. Er empfehle, dass sich die Satzungscommission bei Gelegenheit einmal grundsätzlich mit dem Thema beschäftige.

Herr Asmus sagt, nach seinem Kenntnisstand sei der Antrag abgeändert worden, so dass es eine Diskussion und keine Abstimmung mehr geben solle. Herr Duphorn bestätigt, dass er seinen Antrag insofern abändere, dass es keine Abstimmung, sondern lediglich eine Aussprache geben solle.

Herr Goetz hält an seinem Antrag fest. Herr Ederhof schließt sich Herrn Goetz an und beantragt ebenfalls, TOP 9a von der Tagesordnung zu nehmen. Herr Wandrey spricht sich dage-

gen aus. Herr Vizepräsident Mücke erläutert, in der Satzung stehe dazu konkret nichts, es sei aber ein Minderheitenschutz angelegt, wonach eine Plenarsitzung einzuberufen sei, wenn zwölf Plenarmitglieder dies beantragten (vgl. § 7 Abs. 1 Satz 2). Herr Laue führt auf Nachfrage von Herrn Vizepräsident Mücke aus, dies sei vornehmlich für Gegenstände der Gesamtinteressenvertretung relevant. Bei Personalthemen hingegen sei das Recht auf Debatte sorgfältig gegen die schützenswerten Belange der betroffenen Person abzuwägen. In einem vergleichbaren Fall in der April-Plenarsitzung sei so verfahren worden und letztlich der Tagesordnungspunkt auf mehrheitlichen Beschluss des Plenums von der Tagesordnung genommen worden. Das Hauptamt empfehle daher, konsistent zu verfahren und dem Plenum auch in der heutigen Sitzung diese Möglichkeit zu eröffnen.

Frau Nack-Warenycia erwidert, es handele sich hier um eine andere Situation als im April-Plenum, da es im vorliegenden Fall um ein Organ der Handelskammer gehe. Herr Perleberg und Herr Räber teilen diese Meinung. Herr Dr. Killinger weist darauf hin, dass die Rechtslage an dieser Stelle nicht einwandfrei zu klären sei. Herr Elmendorf spricht sich dafür aus, in der Tagesordnung fortzufahren; er stehe einer Aussprache nicht ablehnend gegenüber. Herr Wöhle bezweifelt den Sinn des abgeänderten Antrags. Herr Vizepräsident Mücke würde es begrüßen, sich in einem geschützten Raum auszusprechen.

Das Plenum lehnt den Antrag von Herrn Goetz, TOP 9a der Tagesordnung zu streichen, mit einer Mehrheit von 28 Stimmen gegen 9 Stimmen (6 Enthaltungen) ab.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 2. Mai 2019

Herr Brauer bemängelt, dass das Ergebnis der Abstimmung zum Reorganisationsprozess nachträglich geändert worden sei. Er spricht sich dafür aus, im Protokoll das auf der Leinwand angezeigte Ergebnis mit einer Stimme Unterschied zu notieren.

Herr Vizepräsident Mücke erläutert, direkt nach der letzten Plenarsitzung sei das betreffende Plenarmitglied auf ihn und Frau Degen zugegangen und habe glaubhaft vermittelt, dass es mit „Ja“ und nicht, wie auf der elektronischen Anzeige erschienen, mit „Nein“ gestimmt habe, sein Votum also falsch wiedergegeben worden sei. Da durch diese Verschiebung die Annahme des Beschlusses im Plenum nicht berührt worden sei, sei seine Angabe ohne nähere Prüfung der technischen Gegebenheiten um einem entsprechenden Hinweis im Protokoll ergänzt worden.

Herr Elmendorf hält die nachträgliche Änderung angesichts dessen, dass die Meldung des Plenarmitglieds nicht direkt in der Plenarsitzung, sondern erst danach erfolgt sei, für schwierig.

Auf einen Hinweis von Herrn Ederhof zur notwendigen Dokumentation der Erklärung für die nachträgliche Änderung erläutert Herr Vizepräsident Mücke, dass dies im versendeten Protokoll enthalten sei.

Frau Degen ergänzt, dass die Vorgehensweise mit dem Justiziar der Handelskammer abgestimmt worden und nach dessen Einschätzung rechtlich zulässig sei.

Herr Perleberg schlägt vor, den Hinweis auf die fälschliche Stimmabgabe des betreffenden Plenarmitglieds im Protokoll zu belassen, als finales Abstimmungsergebnis jedoch das ursprünglich auf der Leinwand angezeigte Ergebnis (23:22) zu dokumentieren.

Herr Brauer stimmt dieser Änderung seines Antrags zu.

Das Plenum stimmt dem Antrag von Herrn Brauer in der geänderten Version mit 22 Stimmen gegen 7 Stimmen (13 Enthaltungen) zu

Das Plenum genehmigt das geänderte Protokoll der Plenarsitzung vom 6. Juni 2019 ohne Gegenstimme (2 Enthaltungen).

TOP 3 Berichte

a) Berichte des Präsidiums

Herr Vizepräsident Mücke gibt einen kurzen Überblick auf den Ausbildungsmarkt. Bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen sei weiterhin ein Plus zu verzeichnen. Ende Mai habe es mit insgesamt 4.675 Neuverträgen 63 mehr als zum Vorjahreszeitpunkt gegeben, was einem Zuwachs um 1,37 Prozent entspreche. Betrachtet nach den unterschiedlichen Branchen habe das Versicherungsgewerbe und die Industriebetriebe sogar 2-stellige Zuwachsraten verzeichnen können und auch das Gastgewerbe liege mit 9% deutlich im Plus.

Dass weiterhin gute Bewerber gesucht würden, zeige nicht nur der außergewöhnlich hohe Angebotsbestand in der Online-Lehrstellenbörse der Handelskammer, sondern auch das starke Interesse der Unternehmen am Azubi-Speeddating, das am gleichen Tag in den Börsensälen stattgefunden habe und bei dem 66 Unternehmen die Chance genutzt hätten, um rund 500 potenzielle Bewerber im 10-Minuten-Takt persönlich kennenzulernen.

b) Bericht der Hauptgeschäftsführerin

Frau Degen berichtet über den aktuellen Stand des OECD Territorial Reviews für die Metropolregion Hamburg. Die Metropolregion Hamburg sei die größte und komplexeste deutsche Metropolregion, in der vier Bundesländer, siebzehn Landkreise, drei kreisfreie Städte und seit 2017 auch sieben Industrie- und Handelskammern, drei Handwerkskammern, der UVNord und DGB Nord kooperierten. Diese Kooperationspartner arbeiteten an Lösungen zum Vorteil der Metropolregion. Die Handelskammer Hamburg übernehme in allen Gremien der Kooperation Verantwortung und führe die Geschäfte der Initiative pro Metropolregion Hamburg e.V. (IMH), die Organisation der Wirtschaft in der Metropolregion. Diese Zusammenarbeit sei dringend geboten, denn die Metropolregion Hamburg falle im Standortwettbewerb zurück und liege bei Einkommen, Wachstum und Innovationsfähigkeit seit langem hinter anderen deutschen Metropolregionen wie vor allem München und Stuttgart. Das Handelskammer-Standpunkt Papier aus dem Januar 2017 habe gezeigt, dass die Metropolregion Hamburg ihr Wachstumspotenzial nicht ausschöpfe. Frau Degen erläutert weiter, die Kooperationspartner der Metropolregion Hamburg hätten vor diesem Hintergrund die OECD mit der Erstellung eines sogenannten Territorial Reviews beauftragt. Für diese Evaluation verfüge die OECD über eine einzigartige Datenbasis von Kennziffern und qualitativ-politischen Faktoren. Die OECD sei supra-national und unabhängig. Alle Kooperationspartner der Metropolregion hätten die OECD unterstützt. Auch die Handelskammer Hamburg habe Daten und Einschätzungen geliefert und sich interviewen lassen. Der Abschluss des Territorial Review sei für September 2019 vorgesehen. Bis dahin seien die Arbeitsergebnisse vertraulich und alle Beteiligten zur Verschwiegenheit verpflichtet. Die Handelskammer Hamburg erwarte sich nicht nur belastbare Befunde, sondern auch Vorschläge für tragfähige Lösungen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Metropolregion Hamburg. Die Ergebnisse der

OECD würden auf einer Regionalkonferenz der Metropolregion am 23. September 2019 in Seevetal der Öffentlichkeit vorgestellt.

Frau Degen erörtert ferner mit Blick auf das Thema Altersteilzeit, dass es hierzu von Herrn Dr. Teichert, Herrn Asmus und Herrn Pirck in der letzten Plenarsitzung und im Anschluss daran per Mail einige Fragen gegeben habe, auf die sie bereits per Mail geantwortet habe, die Informationen dazu aber gerne auch dem gesamten Plenum vorstellen wolle. Frau Degen erläutert, es seien 17 Altersteilzeitvereinbarungen geschlossen worden. In den zahlenmäßig größten Bereichen Zentrale Aufgaben und Berufsbildung habe es die meisten Interessenten gegeben, wobei es abgesehen davon relativ gleichverteilt über die Geschäftsbereiche und die Gehaltsbänder sei. Während der Frist zur Antragseinreichung und während der Beratung zwischen Personalrat und Personalleitung hätten noch die ursprünglichen Vorgaben zum Personalabbau bestanden, d.h. ein Abbau auf 230 Mitarbeiteräquivalente zum Jahresende 2019. Zudem sei den Mitarbeitern anlässlich der Eingriffe in die Versorgungsordnungen im Jahr 2017 eine Altersteilzeitregelung zugesagt worden. Die Kosten der Altersteilzeit entstünden durch den sogenannten Aufstockungsbetrag, für dessen Barwert bereits bei Vertragsabschluss Rückstellungen gebildet würden. Der Gesamtbetrag liege mit 914.000 Euro unterhalb der einen Million, die das Plenum für das Altersteilzeitprogramm genehmigt habe.

Bezüglich der Frage, ob Neueinstellungen geplant sind und welche Kosten dafür gegebenenfalls anfallen, erläutert Frau Degen, dass der früheste Eintritt in die Freistellungsphase der Altersteilzeit im Juni 2020 erfolge und der zweite erst im Dezember 2020. Es bestehe folglich aus Sicht des Hauptamts kein Handlungsdruck, die Nachbesetzung jeder einzelnen Stellen schon heute zu regeln. Der Plenarbeschluss vom März 2019 habe den Personalabbau mit konkretem Abbauziel zurückgenommen. Gleichwohl setze auch das neue Finanzziel „35 Mio. Beitrag bis zum Jahr 2023“ eine sparsame Personalwirtschaft voraus.

Herr Vizepräsident Mücke ergänzt zum Thema Altersteilzeit, dass in der ersten Fassung der Unterlage, die dem Plenum über HK Connect zum Abruf bereitgestellt worden sei, Klarnamen zu lesen gewesen seien. Er bittet daher dringend, in der Diskussion keine Namen zu nennen, da dies nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sei [*Anmerkung: Die am 29. Mai 2019, 17.30 Uhr, über HK Connect zur Verfügung gestellte Unterlage enthielt die Nachnamen der 17 Kammerangestellten, mit denen die Handelskammer Altersteilzeit-Vereinbarungen geschlossen hat. In der der Unterlage zugehörigen Anlage 1 wurde zudem u. a. aufgelistet, welche Organisationseinheiten betroffen sind. Am 31. Mai 2019, 11.30 Uhr, wurde die Unterlage gegen eine modifizierte Version ausgetauscht, in der die Namen der 17 Kammerangestellten geschwärzt sind. Ferner wurden in der zugehörigen Anlage 1 die Bezeichnungen der Organisationseinheiten geschwärzt.*]

Herr Dr. Teichert und Frau Nissen-Schmidt merken zum Thema Altersteilzeit an, dass sie die Vereinbarung für nicht bindend halten. Herr Dr. Teichert merkt weiter an, dass die Vereinbarung zwischen Hauptamt und Personalrat ohne Wissen des Ehrenamts zustande gekommen sei. Frau Nissen-Schmidt halte den Abschluss von Altersteilzeitverträgen, aufgrund der Überlastungsanzeigen im Hauptamt, für keine zielführende Entscheidung um für eine Stabilisierung im Hauptamt zu sorgen.

Herr Duphorn meint, der Datenschutz der Unterlagen zu dem Thema Altersteilzeit sei ungenügend gewesen, da Rückschlüsse auf das individuelle Gehalt möglich gewesen seien. Zur Sicherheit solle eine Nachfrage beim Hamburgischen Datenschutzbeauftragten erfolgen, ob

der Umgang mit den Unterlagen datenschutzkonform gewesen sei. Herr Vizepräsident Mücke versichert, dass der Hamburgische Datenschutzbeauftragte dazu noch konsultiert werde.

Frau Degen erwidert, die in 2017 unterschriebene Vereinbarung zwischen Personalrat und Hauptgeschäftsführung sei bindend gewesen. Bei den Anträgen zur Altersteilzeit hätte es aber die Freiheit gegeben in jedem Einzelfall zu entscheiden. Es gehöre aber zum Gebaren eines Ehrbaren Kaufmanns, entsprechend seiner Ankündigung zu verfahren. Zum Thema Datenschutz sei zu betonen, dass das Plenum wie das Hauptamt Teil der Handelskammer sei. Damit habe es sich bei der elektronischen Bereitstellung sämtlicher Unterlagen zur Altersteilzeit an das Plenum nicht um eine Bereitstellung an externe Dritte gehandelt. Es handle sich um eine qua Handelskammer-Satzung vertrauliche Angelegenheit.

Herr Ederhof sieht mit Blick auf die Überlastungsanzeigen zunächst kein Problem, da das Altersteilzeitmodell vorsehe, dass die Betroffenen zunächst voll weiterarbeiteten.

Herr Holstein ergänzt, es müsse mit gleichem Maß gemessen werden, wenn der Personalrat sich positiv oder negativ äußert.

Herr Vizepräsident Mücke ergänzt, ob und inwieweit es eine bindende Vereinbarung gab, werde geprüft und nachgereicht.

Frau Degen führt die Ergebnisse der Mitarbeiterumfrage vom 26. April bis zum 10. Mai 2019 aus, an der 179 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (>55 %) teilgenommen hätten. Es habe bis zum letzten Tag die Gelegenheit gegeben, die Antworten und Eingaben zu überprüfen oder zu verändern. Die Fragestellungen seien gemeinsam mit der Abteilung für empirische Umfragen konzipiert worden. Der erste Teil der Umfrage habe sich auf die ganz konkrete Arbeitssituation bezogen und sei überwiegend relativ positiv beantwortet worden. So hätten etwa 68% der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angegeben, dass sie sich mit den Aufgaben und Zielen der Handelskammer identifizierten. Rund 61% seien insgesamt mit ihrer Arbeit zufrieden. Der zweite Teil der Umfrage habe sich auf das Thema Reorganisation bezogen und liefere Informationen zu möglichen Weiterentwicklungen. So hielten 55 % der Teilnehmer die hausweite Einführung von Prozessen und 80 % die weitere Digitalisierung für sinnvoll. Mit Bezug zur Reorganisation hätten 61% die Presseberichterstattung bezüglich der Reorganisation als belastend empfunden. 78% sahen die Akzeptanz der Reorganisation durch den gleichzeitig mit der Roadmap erfolgten Personalabbau negativ beeinflusst. Aus Zeitgründen könne sie an dieser Stelle nicht auf die Freitext-Antworten eingehen, die aber bei Interesse nachgelesen werden könnten.

Frau Degen berichtet über ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Nordrhein-Westfalen vom 12. April 2019, in dem um Austritt der IHK Nord Westfalen (Münster) aus dem DIHK geklagt worden sei. Im Ergebnis sei darin eine Austrittsverpflichtung der IHK Nord Westfalen aus dem DIHK abgelehnt worden. Grund hierfür sei aber lediglich die formale Tatsache, dass der DIHK durch eine Satzungsänderung ein direktes Durchgriffsrecht für einzelne IHK-Mitglieder bezüglich einer Unterlassung von kompetenzüberschreitenden Äußerungen eingeführt habe.

Herr Dr. Teichert und Herr Elmendorf weisen darauf hin, dass das OVG-Urteil klare Kritik an dem bisherigen Vorgehen des DIHK beinhalte und das nur durch das Zugeständnis des

DIHK, dass sich IHK-Mitglieder direkt an den DIHK wenden können, die Klage habe abgewendet werden können.

c) Aktuelles aus der Mitte des Plenums

Herr Wandrey berichtet über eine Delegationsreise nach Estland. Das Besondere an Estland sei, dass dort Internet als soziales Grundrecht gelte. Alle Bewohner Estlands verfügten über eine elektronische ID und 99% des staatlichen Dienstangebots sei online. Die Esten vertrauten e-Lösungen. Mit der x-road bestehe ein zuverlässiger Datenaustausch zwischen den Behörden schon seit 2001. X-Road sei das Rückgrat von e-Estland. Unsichtbar und doch entscheidend, ermögliche es den verschiedenen Informationssystemen des öffentlichen und privaten Sektors der Nation, sich zu verbinden und harmonisch zu funktionieren. Es gebe klare Regeln dafür, wer welche Daten erfassen dürfe. Auch Datensicherheit sei ein großes Thema. Jeder Bürger könne in einem Logfile den Zugriff auf persönliche Daten einsehen. Um dieses Logfile fälschungssicher zu machen werde es dezentral in einer Blockchain gespeichert. Um Bedrohungen schnell begegnen zu können gebe es die RIA (die Estnische Behörde für Informationstechnologie) und eine 24h Bereitschaft mit einem Team für Sicherheitsfragen. Zudem sei eine kontinuierliche Informationsmöglichkeit über Twitter gegeben. Beispielhafte Vorteile für die Bürger seien unter anderem, dass alle Vorgänge gegenüber Behörden stark vereinfacht und beschleunigt würden und Einkommensteuererklärungen innerhalb kürzester Zeit erledigt werden könnten. Dabei sei lediglich 20% eine Frage der Technologie, die restlichen 80% sei eine Frage von Organisation, Struktur und Change Management. Hardware oder Technologie seien nicht die Lösung des Problems, sondern nur notwendige Werkzeuge. Vorteile und Risiken müssten besser erklärt werden. Der deutsche Staat müsse mutiger und stringenter vorgehen, um die Vorteile der Digitalisierung auch hierzulande besser zu nutzen.

Frau Arova sieht in der digitalen Verwaltung auch Risiken durch Missbrauch der Informationen. Herr Ederhof weist darauf hin, dass die DSGVO einen Rahmen für den Schutz persönlicher Daten setze. Es sei wichtig, die Chancen aus der Digitalisierung zu nutzen und nicht aus Angst nichts zu tun.

d) Berichte aus den Ausschüssen

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine Wortmeldungen.

TOP 4 Bericht über den aktuellen Stand der Projektgruppe Satzungsevaluation

Dieser Tagesordnungspunkt wird aus Zeitgründen nicht behandelt und auf die kommende Plenarsitzung verschoben.

TOP 5 „Hamburg Summit: China meets Europe“

Dieser Tagesordnungspunkt wurde entsprechend des unter TOP 1 gefassten Beschlusses auf die nächste Sitzung verschoben.

TOP 6 Beschluss über die Positionierung der IHK Nord zur norddeutschen Wasserstoffstrategie

Herr Wandrey stellt den Entwurf des IHK Nord-Positionspapiers vor, das am 25. Juni auf der Vollversammlung der IHK Nord beschlossen werden solle. Es gelte, zügig zielführende Maßnahmen zu ergreifen, um den Klimawandel einzudämmen. Auch die norddeutschen Ministerpräsidenten sähen einen Teil der Lösung in Wasserstoff und hätten sich über eine entsprechende Strategie verständigt, die bis zum Ende des Jahres ausgearbeitet werden solle. Norddeutschland werde in diesen Eckpunkten als prädestiniert für eine grüne Wasserstoffwirtschaft gesehen, die wiederum für die Region mit wirtschafts- und strukturpolitischen Chancen verbunden sei. Mit dem vorliegenden Positionspapier der IHK Nord beziehe die norddeutsche Wirtschaft Position zu den vorgelegten Eckpunkten der norddeutschen Bundesländer. Wasserstoff könne ein wichtiger Baustein für eine erfolgreiche Energie- und Mobilitätswende sein. Als Ergänzung zu batterieelektrischen Antrieben, insbesondere bei größeren und schwereren Transportmitteln wie etwa der weltweit erste wasserstoffbetriebene Zug von Alstom, könne Wasserstoff als Energiespeicher genutzt und mit überschüssigem Windstrom erzeugt werden. Ein Vorteil von Wasserstoff sei dabei der relativ schnelle Tankvorgang. Angesichts des wachsenden Netzes an Wasserstofftankstellen werde das Henne-Ei-Problem zudem reduziert. Es gelte jedoch, die Infrastruktur weiter auszubauen. Aufgrund der in Deutschland grundsätzlich vorhandenen Kavernenspeicher stünden großvolumige Speicherstätten vor Ort zur Verfügung, die für die Wasserstoffspeicherung ertüchtigt werden könnten. Die Einsatzmöglichkeiten für Wasserstoff seien vielfältig, zum Beispiel in der Industrie oder in der Chemiebranche.

Herr Asmus sei als Vorsitzender des Ausschusses für Verkehr im Prozess beteiligt worden und stimme grundsätzlich zu, sehe aber auch einige Einschränkungen bei dieser Technologie im Mobilitätsbereich. So sehe er im Bereich von Fahrzeugen unter drei Tonnen Gewicht in erster Linie Elektromobilität als das Mittel der Wahl. Die Kosten für den Ausbau der Wasserstofftankstellen-Infrastruktur seien zudem vergleichsweise hoch.

Herr Dürre sei auch beteiligt gewesen, habe aber einige Zahlen vermisst. Das Thema Industrie und Düngemittel sei zu kurz gekommen. Insbesondere Punkt 1 im Positionspapier zur Mobilität störe ihn und den erwähnten Trend zur Wasserstofftechnologie im asiatischen Raum könne er anhand der genannten Zahlen nicht erkennen.

Herr Gehrckens vermisse in dem Papier realistische Zahlen und Aussagen dazu, was es ohne Subventionen tatsächlich koste. Im Anodenofen von Aurubis werde derzeit Gas zum Reduzieren genutzt. Die Reduzierung mit Wasserstoff würde demgegenüber nach heutigem Stand sechs Mal so viel kosten. Wenn EEG weggenommen würde, wären es noch fünfeinhalb Mal so viel.

Herrn Holstein betont, der Vorteil von Wasserstoff sei vor allem bei Strom aus Abriegelung gegeben. Man müsse daher schauen, ob dies in Zukunft noch der Fall sein werde.

Frau Nissen-Schmidt freue sich, dass sich die Handelskammer wieder einmal in die Arbeit der IHK Nord eingebracht habe. Es könne natürlich angesichts der Vielzahl der Beteiligten nur ein Kompromiss sein. Sie erinnert daran, dass es genau zwölf Monate her sei seit dem Beschluss im Plenum zum Verbleib in der IHK Nord. Es sei dabei auch beschlossen worden, dass das Plenum regelmäßig über die Arbeit der IHK Nord informiert werde, was ihres Erachtens leider nicht erfolgt sei.

Frau Nack-Warenycia begrüße das Papier sehr. Sie berichtet kurz aus der letzten Sitzung des Ausschuss für Gesellschaftliche Verantwortung, in dem u.a. Herr Dr. Dirk Notz vom Max-Planck-Institut für Meteorologie zu Gast gewesen sei und zum Klimawandel vorgetragen ha-

be. Seine Aussage sei gewesen, dass die Wasserstofftechnologie ein notwendiger Baustein sei, um innerhalb von 10 Jahren die CO₂-Reduktionsziele einhalten zu können. Sie möchte zum einen vorschlagen, Herrn Dr. Notz im Plenum zu hören und zum anderen die IHK Nord auffordern, Dr. Notz zum Wasserstoffsymposium einzuladen.

Das Plenum beschließt die Positionierung der IHK Nord zur norddeutschen Wasserstoffstrategie mit 40 Stimmen gegen 1 Stimme bei vier Enthaltungen.

TOP 7 Ausblick auf den Gipfel zur Digitalen Bildung/ Hamburg.2019 am 21. Juni

Herr Vizepräsident Mücke gibt zunächst einen Rückblick auf den ersten Gipfel zur Digitalen Bildung im letzten Jahr unter dem Titel „Von der Kreidezeit zur Smart-School“. Im Rahmen dessen sei auch ein Positionspapier entstanden, das mit breiter Mehrheit im Plenum beschlossen worden sei, und eine sehr gute Presseresonanz erfahren habe. Inzwischen habe sich in diesem Bereich sehr viel ergeben. So sei der Digitalpakt beschlossen worden, durch den 128 Mio. Euro vom Bund in die Ausstattung und Infrastruktur von Hamburgs Schulen fließen, oder das Digital Learning Lab eröffnet worden. Beim zweiten Digitalgipfel am 21. Juni 2019 werde zum ersten Mal ein Schulpreis für Hamburgs digitalste Schule verliehen werden. Geplant seien des Weiteren Vorträge, u.a. von Prof. Dr. Friedrich Hubert Esser zur Digitalisierung der beruflichen Bildung, und interaktive Workshops. Begleitend sei ein Positionspapier zur digitalen beruflichen Bildung geplant, das bereits im Juli im Plenum vorgestellt werden solle.

TOP 8 Beschluss über die Aktualisierung des Compliance-Kodex der Handelskammer

Herr Vizepräsident Mücke erläutert, es gehe bei diesem Tagesordnungspunkt um eine weitere Präzisierung des Compliance-Kodex. Im Kern stehe dabei die Frage, wie sich ehrenamtliche Vertreterinnen und Vertreter der Handelskammer in der Öffentlichkeit verhalten. Er weist auf Handelskammer-Anstecker bzw. -Sticker auf den Tischen hin und bittet die Plenarmitglieder diese bei öffentlichen Auftritten in der Funktion als Plenarmitglied zu tragen. Dies solle dabei helfen, eine Vermischung privater Äußerungen in der Öffentlichkeit mit der Funktion in der Handelskammer auszuschließen.

Bei privaten Medienauftritten von Ehrenamtsträgern lasse sich eine solche Vermischung vermeiden, wenn den Journalisten als Voraussetzung für das private Interview ausdrücklich und in dokumentierter Form untersagt werde, durch den Gesamtkontext der Berichterstattung den Eindruck einer nicht gewollten Positionierung für die Handelskammer zu erzeugen. Die mit den Sitzungsunterlagen zugegangene Version des Compliance-Kodex beinhalte einen neuen Absatz in diesem Sinn.

Herr Vizepräsident Mücke bittet das Plenum um Abstimmung zur vorgeschlagenen Änderung des Compliance-Kodex.

Das Plenum stimmt mit 42 Stimmen ohne Gegenstimmen (eine Enthaltung) für die Änderung des Compliance-Kodex

TOP 9 Anträge

a) Antrag von Herrn Duphorn zur Vertrauensfrage an das Plenum betreffend die Hauptgeschäftsführerin (Aussprache)

Herr Vizepräsident Mücke weist darauf hin, dass der Antrag bereits unter TOP 1 - Genehmigung der Tagesordnung - von Herrn Duphorn dahin abgeändert worden sei, dass nur noch eine Aussprache und keine Abstimmung mehr erfolge. Er mache von § 7 Abs. 6 Satz 3 der Handelskammer-Satzung Gebrauch, die Öffentlichkeit von der Diskussion auszuschließen.

Die Diskussion findet unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

b) Beschlüsse über die Anträge von Herrn Holstein

Dieser Tagesordnungspunkt, bestehend aus den Punkten „Service mit Augenmaß“, „Verbesserung von unten“ und Ausschussvorsitzenden Gehör verschaffen“, wird aus Zeitgründen nicht behandelt und auf die kommende Plenarsitzung verschoben.

TOP 10 Verschiedenes

Herr Vizepräsident Mücke bittet das Plenum aufgrund der Fülle an Themen für die Juli-Plenarsitzung darüber abzustimmen, ob es zusätzlich auch im August eine außerplanmäßige Plenarsitzung geben solle, um den Themen gerecht zu werden.

Das Plenum beschließt mit 30 Stimmen gegen 3 Stimmen (5 Enthaltungen) eine außerplanmäßige Plenarsitzung am 8. August 2019 durchzuführen.

Herr Vizepräsident Mücke weist auf die kommende Plenarsitzung am Donnerstag, den 4. Juli 2019 um 16.00 Uhr hin. Im Anschluss daran finde zum ersten Mal in diesem Jahr das Plenar-Grillen statt.

Herr Vizepräsident Mücke schließt die Sitzung um 18.16 Uhr.

Hamburg, 27. Juni 2019

gez. Christi Degen
Hauptgeschäftsführerin